Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden" „Unsere Heimat", „Die Mode vom Tage".

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus-, Garten- und Landwirtschaft"

106 Nagolder Tagblatt Jahre

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bezw. Agenten monatl. RM. 1.50 einschl. 13 bezw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einschl. 18 Pfg. Postzeitungsgeb., zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeb. Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftleitg., Druck und Verlag: G. W. Zaiser (Inh. K. Zaiser), Nagold

Anzeigenpreise: 1 spaltige Borgis-Zeile oder deren Raum 20 ₰, Familien-Anzeigen 15 ₰, Reklamezeile 60 ₰, Sammel-Anzeigen 50% Aufschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefon. Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postsch.-Kto. Stuttgart 5113

Nr. 132 Gegründet 1827 **Donnerstag, den 9. Juni 1932** Fernsprecher Nr. 29 **106. Jahrgang**

Die Preußenfrage

Verfassungsmäßige Regierung?

Berlin, 8. Juni. Zu den Erörterungen über die Regelung der Verhältnisse in Preußen und den Behauptungen von den Plänen der Reichsregierung, einen **Reichskommissar in Preußen einzusetzen**, wird von zuständiger amtlicher Seite mit allem Nachdruck betont, es ist absolut falsch, daß der Reichskanzler und die Reichsregierung auf die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen zusteuern.

Im Gegenteil legen Kanzler und Reichsregierung den größten Wert auf die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung in Preußen und sie sind bereit, an der Bildung einer solchen Regierung mitzuarbeiten.

Aus Kreisen der preußischen Staatsregierung wird in diesem Zusammenhang mitgeteilt, daß in der gestrigen Besprechung in der Reichskanzlei Staatsminister Hirtsiefer in seiner Eigenschaft als stellvertretender Ministerpräsident dem Reichskanzler gegenüber Verwahrung dagegen eingelegt hat, daß der Kanzler **sich unter Umgehung der geschäftsführenden preußischen Staatsregierung** in einem Schreiben an den Präsidenten des Landtags gewandt hat. Wie von preußischer Seite weiter mitgeteilt wird, habe der Reichskanzler dem Staatsminister Hirtsiefer bestätigt, daß in Zukunft das direkte Verfahren gewahrt werden würde. Staatsminister Hirtsiefer hat in einem Schreiben vom heutigen Tage an den Reichskanzler noch einmal diese Erklärung bestätigt und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß in Zukunft der von dem Kanzler selbst angegebene übliche Weg gewählt werden wird.

In preußischen Regierungskreisen wird zu diesem Schreiben der Staatsregierung betont, daß die geschäftsführende preußische Staatsregierung die einzige verfassungsmäßig zuständige Regierungsstelle in Preußen ist. Im übrigen steht man in diesen Kreisen hinsichtlich der Frage eines Reichskommissars auf dem Standpunkt, daß auf Grund der objektiven staatsrechtlichen Prüfung die Einsetzung eines solchen für Preußen nicht möglich ist.

Wie wir erfahren, wird das preußische Kabinett heute nachmittag die Verhandlungen über die **Sicherung der preußischen Staatsfinanzen fortführen.** Den Vormittag über haben in den Ressorts eingehende Besprechungen stattgefunden mit dem Ziel **weiterer Etatabstriche.** Sowohl diese Beratungen wie auch die über die Aufbringung der noch erforderlichen Deckungsmittel sind nunmehr so weit gediehen, daß man in unterrichteten preußischen Kreisen noch für heute mit dem Abschluß der Kabinettsberatungen rechnet. Darnach wird die Notverordnung voraussichtlich **heute abend erscheinen.** Die Verschiebung der Kabinettssitzung auf den Nachmittag hat auch noch den Grund, daß die dem Zentrum angehörenden Mitglieder der Staatsregierung heute vormittag an der Vorstandssitzung ihrer Partei teilnahmen.

In der gestrigen Besprechung beim Reichskanzler haben die preußischen Vertreter versucht, wenigstens eine grundsätzliche Anerkennung des **Betrages von 100 Millionen** Mark zu erreichen, die Preußen als **Gegenleistung für die** abgetretenen preußischen Anteile an der Siedlungsbank in Aussicht gestellt worden seien. Da das Reich Mittel hierfür nicht zur Verfügung hat, wollte die preußische Regierung mit Hilfe dieser grundsätzlichen Anerkenntnis den genannten Betrag bei der Reichsbank diskontieren lassen, um so den Haushalt ausgleichen zu können. Bei den Verhandlungen Preußen-Reich scheint aber Klarheit hierüber nicht erzielt worden zu sein.

Somit bleiben für Preußen nur zwei Möglichkeiten: Das preußische Kabinett kann entweder die Haushaltsmaßnahmen gemeinsam mit dem ständigen Ausschuß treffen, oder auf die Reichsnotverordnung zurückgreifen, die den Ländern und Gemeinden das Notverordnungsrecht in Haushaltsfragen überträgt.

Es ist anzunehmen, daß das preußische Kabinett von dieser letzteren Möglichkeit Gebrauch machen wird. Eine Entscheidung darüber, ob der Ausgleich etwa durch Einführung der **Schlachtsteuer** bezw. durch eine **Kürzung der Beamtengehälter** oder auf andere Weise geschaffen werden soll, dürfte in der heutigen Kabinettssitzung fallen.

Deutschnationale Erklärung

Berlin, 8. Juni. Von deutschnationaler Seite wird auf eine Aeußerung des Nationalsozialistischen Pressedienstes, **wonach die NSDAP. für keinen deutschnationalen Ministerpräsidenten in Preußen zu stimmen gedenke**, folgende **Erklärung** abgegeben: Seitens der Deutschnationalen Volkspartei ist ein Anspruch auf das Amt des preußischen Ministerpräsidenten nicht erhoben worden. Verhandlungen über die Bildung eines neuen preußischen Kabinetts sind unsererseits weder mit der NSDAP. noch mit dem Zentrum geführt worden. Warum die NSDAP. es für notwendig gehalten hat, auf Grund leerer Pressekombinationen eine deutschnationale Ministerpräsidentenschaft im voraus grundsätzlich abzulehnen, entzieht sich unserer Kenntnis. Wenn, wie es den Anschein hat, die NSDAP. eine Aenderung der Verhältnisse in Preußen mit Hilfe des Zentrums erreichen will, so sieht die DNVP. keine Veranlassung, dem Ergebnis dieser Bestrebungen vorzugreifen.

Besprechungen des Kanzlers mit dem preußischen Zentrum

Berlin, 8. Juni. Reichskanzler v. Papen empfing heute mittag Mitglieder des Vorstandes der preußischen Zentrumsfraktion, um ihnen seine Wünsche bezüglich früherer Einberufung des Landtags zum Zwecke der Ministerpräsidentenwahl und der Klärung der Lage in Preußen zu unterbreiten. Die Unterredung war unverbindlicher Natur. Der Reichskanzler brachte lediglich allgemein die Geneigtheit der Nationalsozialisten und Deutschnationalen zum Ausdruck, mit dem Zentrum in Preußen zusammenzuarbeiten. Nähere Bedingungen teilte er nicht mit und so konnten ihm die Vertreter der preußischen Zentrumsfraktion auch keine bindende Antwort geben.

Tagesspiegel

Der Reichskanzler verhandelte heute mittag mit Vertretern des preußischen Zentrums über die Ministerpräsidentenfrage.

Zu der Meldung eines Berliner Mittagsblattes, daß Reichsaußenminister Frhr. v. Neurath in London ein Memorandum über die deutsche Zahlungsunfähigkeit überreicht habe, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß weder in London noch in den anderen Hauptstädten ein solches Memorandum überreicht worden ist.

Bei einem Straßenbahnzusammenstoß in Berlin wurden etwa 20 Personen verletzt.

Die französische Kammer hat mit 390 gegen 152 Stimmen durch die Annahme der von den durch Sozialisten und Radikale vorgeschlagenen Entschließung dem Kabinett Herriot das Vertrauen ausgesprochen.

Der italienische Botschafter in London, Bordonaro, der gestern abend einen schweren Herzanfall erlitt, ist heute früh gestorben.

Eine Weltkrisenkonferenz in Sicht

Auch das noch? Als ob wir nicht genug Konferenzen hätten. Sie jagen einander wie am laufenden Bande und lassen die Völker und ihre Staatsmänner nicht mehr zur Ruhe kommen. Dabei hat man noch das peinliche Gefühl, als ob erst nicht viel erreicht würde. Dies gilt ganz besonders von den Weltwirtschaftskonferenzen, und zu ihnen zählt die jüngst in Aussicht genommene „Weltkrisenkonferenz". Denn was hat man nicht alles auf jenen Konferenzen hübsch fein zur Erleichterung des Welthandels beschlossen — und das Ergebnis? So gut wie Null, ja meist genau das Gegenteil taten die Regierungen: Statt Beseitigung der internationalen Handelshindernisse — erst recht Erhöhung der Zollmauern, Kontingentierungen, neue Einfuhrverbote, kurz, Drosselung der Einfuhr, Autarkie, Abschluß der nationalen Wirtschaft gegen außen. Jeder Staat dachte nur an seinen augenblicklichen Vorteil. Dabei waren wir Deutsche ganz besonders übel daran. Forderte man doch von uns unerträgliche Leistungen (1,8 Milliarden Zinsen für unsere 28 Milliarden Auslandsschulden und dazu noch jährlich 2 Milliarden Tribute), die wir nur durch den Außenhandel verdienen konnten. Andererseits nahm man uns keine Waren ab oder mußten wir sie zu Dumpingpreisen verschleudern, nur damit wir mit knapper Not unseren äußersten Verpflichtungen nachkommen konnten.

Wird es auch diesmal wieder so gehen? Am einfachsten wäre es gewesen — so war's auch ursprünglich geplant —, man hätte diese Weltkrisenkonferenz der Lausanner Tributkonferenz als zweiten Teil angehängt. So hat Professor Gregori, der wirtschaftliche Berater der englischen Regierung, in einer Erklärung darauf hingewiesen, daß die Beendigung der Weltwirtschaftskrise und die Festigung der Weltmarktpreise nicht ohne die vorherige Lösung der Tribut- und Kriegsschuldenfrage möglich sei. Aber gerade an die letztere will Amerika aus begreiflichen Gründen, die in diesen Blättern schon wiederholt erörtert wurden, um keinen Preis, zumal jetzt unmittelbar vor den Präsidentschaftswahlen, herantreten. Und so meidet Washington ängstlich Lausanne und hat auch für die zeitlich und örtlich getrennte Weltkrisenkonferenz die Forderung gestellt, daß dort mit keinem Sterbenswörtlein von den Kriegsschulden gesprochen werden dürfe. Ob das möglich sein wird? Andererseits hat Amerika das allergrößte Interesse an der Beseitigung der Weltkrise, unter der es nach den Jahren glänzender Hochkonjunktur verhältnismäßig mehr leidet als andere Länder. Rückgang der Produktion, Absatzstockung, Kreditnot und Arbeitslosigkeit — das alles lastet zentnerschwer auf dem Lande der „unbegrenzten Möglichkeiten".

Neueste Nachrichten

Drei Notverordnungen zu erwarten

Berlin, 8. Juni. Zu den Mitteilungen über die gestrige Kabinettssitzung erfahren wir ergänzend, daß die **neue Notverordnung der Reichsregierung voraussichtlich in der ersten Hälfte der nächsten Woche herauskommen wird.** Praktisch handelt es sich dabei um zwei Notverordnungen, nämlich einmal um den Etat, zum anderen um die Maßnahmen zur Sicherung der Finanzen, denen gleichzeitig eine Verordnung über die öffentliche Ordnung und Sicherheit angefügt werden wird.

Der Etat erstreckt sich auf die Zeit **vom 1. Juli bis 1. April**, also auf 9 Monate. Bekanntlich ist für die Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni d. J. bereits eine Regelung getroffen worden, und zwar im Zusammenhang mit der vom Kabinett Brüning vorgenommenen Umlegung des Beginns des Etatsjahres auf den 1. Juli. Die Ersparnismaßnahmen, die in der Mitteilung über die heutige Kabinettssitzung angekündigt worden sind, beziehen sich auf **sachliche Ausgaben**, d. h. also, **daß Gehaltskürzungen nicht beabsichtigt sind.** Ob es doch zur Einführung einer Beschäftigtensteuer kommt, ist offenbar noch nicht ganz genau geklärt. Ein wesentlicher Teil der Ersparnismaßnahmen bezieht sich auf die Kapitel, die unter dem Begriff **Versicherungsetat** zusammengefaßt werden und die im ganzen die Summe von 3,018 Milliarden ergeben. **Auf diesem Gebiet sind anscheinend weitere Abstriche geplant.** Zum größten Teil dürfte es sich aber darum handeln, andere Deckungsmöglichkeiten zu suchen. Im einzelnen ist die Verwirklichung dieser neuen Ideen den Kabinettsberatungen der nächsten Tage vorbehalten. Als sicher kann aber schon jetzt angenommen werden, daß eine Zusammenlegung der drei verschiedenen Arten der Arbeitslosenhilfe nicht in Frage kommt.

In Ergänzung dieser Meldung über die Arbeiten des Reichskabinetts erfahren wir von unterrichteter Seite, daß zur Regelung der im Augenblick anstehenden Fragen aller Voraussicht nach drei Notverordnungen erlassen werden, die die Aufgaben der Regierung in drei große Fragenkomplexe gliedern.

Zunächst wird es sich darum handeln, eine **besondere Verordnung zur Regelung der Kassen- und Etatslage** herauszubringen, die anknüpft an die bereits von der früheren Regierung geleisteten Vorarbeiten, aber im Gegensatz zu den Plänen der früheren Regierung nicht verkoppelt werden soll mit den rein reformatorischen Arbeiten. Dieser **zweite** Fragenkomplex wird in einer besonderen Notverordnung zusammengefaßt werden. Die dritte Notverordnung wird sich dann mit den wesentlichsten politischen Fragen beschäftigen, in der Hauptsache **mit dem SA.-Verbot**, der Uniformfrage und der Regelung der Pressebestimmungen. Es ist anzunehmen, daß alle diese Notverordnungen **Anfang nächster Woche** herauskommen werden.

Das Zentrum steht zu Brüning

Berlin, 8. Juni. In der Entschließung bekundet der Reichsparteivorstand sein unerschütterliches Festhalten an den Grundlagen der Politik des bisherigen Reichskanzlers Dr. Brüning. Die Linie dieser staatsmännischen Aufbauarbeit sei in einem besonders gefahrvollen Augenblick jäh unterbrochen und durch ein Experiment abgelöst worden, für das aus zwingenden Gründen das Zentrum keinerlei Mitverantwortung übernehmen könne. Es wird die Erwartung ausgedrückt, daß die Organisationen der Partei im Lande alles tun werden, um im kommenden Wahlkampf die Schlagkraft des Zentrums zu steigern. Versuche, die Einheit und Geschlossenheit des Zentrums zu zersetzen und zu zersplittern, müssen rücksichtslos abgewiesen werden. Das Zentrum führt den Kampf in völlig unabhängiger Stellung. Sein Kampf werde sich gegen diejenigen richten, die die politisch-parlamentarische Mitverantwortung ablehnen zu einer Zeit, in der sie ihre Machtansprüche angemeldet hätten, um Kabinette zu bestimmen und zu zerstören. Das Zentrum wird auch den Kampf gegen Verbände und Bewegungen, die das christlich-religiöse Erbgut des deutschen Volkes unterminieren, weiterführen. Der Parteivorstand fordert alle Parteifreunde auf, in Treue und Tatkraft dafür zu sorgen, daß ein starker, aus allen Volksschichten unterstützter Ordnungsblock als Garant einer friedlichen und organischen Weiterentwicklung Deutschlands erhalten bleibe.

Personalveränderungen

Berlin, 8. Juni. Der Systemwechsel im Reich wird eine Reihe von personalpolitischen Veränderungen mit sich bringen, die deshalb unbedingt erforderlich sind, weil für das neue Reichskabinett die wirkliche Einheitlichkeit der Politik oberstes Gebot sein muß. Wie wir erfahren, wird u. a. der

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Dr. Heukamp, seinen Abschied nehmen. Ueber die Person seines Nachfolgers verlautet noch nichts. Außerdem wird auch Staatssekretär Geib vom Reichsarbeitsministerium seinen Posten verlassen. Geibs Entschluß dürfte damit zusammenhängen, daß der Reichspräsident noch am Montag abend den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Schäffer, zum Reichsarbeitsminister ernannt hat. Eine Reihe von Veränderungen steht auch im Reichsinnenministerium bevor. Bisher ist nur bekannt geworden, daß der der Sozialdemokratie angehörende Ministerialdirektor Mentzel ausscheiden wird. Nach unseren Informationen wird aber auch der Ministerialdirektor Hänzschel alsbald seinen Posten verlassen. Die Beseitigung dieser beiden Persönlichkeiten, an denen Reichsinnenminister Groener politisch gescheitert ist, stellt für den neuen Reichsinnenminister, Freiherrn von Gayl, eine absolute politische Notwendigkeit dar. Denn je stärker das Innenministerium jetzt in den innenpolitischen Kampf hineinrückt, desto unbedingter ist es erforderlich, daß diese beiden Persönlichkeiten aus ihren Aemtern entfernt werden. Die nächsten Tage dürften noch weitere personalpolitische Veränderungen bringen.

Arbeitsmarktlage im Reich

Berlin, 8. Juni. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. Mai 1932 hat die Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt von Mitte bis Ende Mai sich mit etwas größerer Beschleunigung fortgesetzt. Während im vorigen Berichtsabschnitt die Zahl der Arbeitslosen nur um rund 64 000 abgenommen hatte, war sie Ende Mai um rund 92 000 geringer als am 15. dieses Monats. Der damit erreichte Stand von rund 5 583 000 Arbeitslosen liegt jedoch um etwa 1,5 Millionen über dem Stande zur gleichen Zeit des Vorjahres. Seit dem winterlichen Höchststand (Mitte März) ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 546 000 zurückgegangen. Träger der Entlastung sind weiterhin fast ausschließlich die Saisonaußenberufe, auf die 75 Prozent des Rückganges in der Berichtszeit entfallen, während in den übrigen Berufsgruppen bei lebhafter Bewegung im einzelnen keine wesentliche Entlastung im ganzen eingetreten ist.

Die Memelverhandlungen im Haag

Haag, 8. Juni. Vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof begannen heute vormittag die öffentlich-mündlichen Verhandlungen im Memelstreit. Am Tisch der einen Prozeßpartei nahm für Frankreich der juristische Berater des Quai d'Orsay Professor Basdevant, für Italien der italienische Kronjurist Pilotti, für England der englische Kronjurist Sir William Malkin und für Japan dessen Gesandter im Haag Matsumaga Platz; für die andere Partei ist der litauische Gesandte in London Sidzikauskas erschienen. Die Sitzung wurde vom Vizepräsidenten Guerrero (San Salvador) eröffnet. Der englische Vertreter erhielt das Wort zu seinem Plädoyer für die klägerische Partei. (Die Verhandlung dauert an.)

Englisch-französische Vorbesprechungen für Lausanne

London, 8. Juni. Das Foreign Office gibt bekannt: Herriot hat der britischen Regierung Vorbesprechungen zur Lausanner Konferenz vorgeschlagen. Macdonald beabsichtigt, in Begleitung von Sir John Simon Samstag nach Paris abzureisen. Er wird seine Reise nach der Schweiz Anang nächster Woche fortsetzen. Macdonald beabsichtige, während der ganzen Dauer der Konferenz in Lausanne zu bleiben.

Wahlreden im Württ. Landtag

Stuttgart, 8. Juni

Die Aussprache über die **Lage der württ. Staatsfinanzen** wurde heute im Landtag zunächst von dem Abg. Friedr. Schmidt (NS.) fortgesetzt. Er wandte sich dagegen, daß die Anträge seiner Partei an den Finanzausschuß überwiesen werden, und verlangte Abstimmung über sie. Außerdem **wandte er sich gegen jede weitere Verschlechterung des Erziehungs- und Bildungswesens und begründete das Verlangen seiner Partei nach Besetzung des Innenministeriums und des Staatspräsidiums.** Die Sozialdemokratie und das Zentrum machte er für die deutsche Not verantwortlich, weil sie eine Verelendungspolitik getrieben hätten.

Finanzminister Dr. Dehlinger trat kritischen Bemerkungen des Abg. Ulrich entgegen, der dem Landtag einen großen Bären aufgebunden habe und Zahlen genannt habe, die ihm wohl im Traum erschienen seien. Die geschäftsführende Regierung habe nicht das erste, sondern das letzte Wort. Zunächst müsse der Landtag Beschlüsse fassen, dann erst könne die Regierung handeln. **Die nationalsozialistischen Anträge würden große Aufwendungen erfordern.** Er habe in keiner seiner Wahlversammlungen versäumt, zu sagen, daß nicht er allein, sondern auch die Regierungsparteien das Verdienst an den guten Finanzen hätten.

Wirtschaftsminister Dr. Maier bezeichnete es als eine Legende, daß er sich beim Fleischertag in Reutlingen für die Schlachtsteuer eingesetzt habe. Der Abg. Pflüger (S.) erklärte, daß die Kreise, die heute den Nationalsozialisten nahestehen, das deutsche Volk in das Elend des verlorenen Krieges hineingeführt hätten. Der Abg. Dr. Mauthe (Dem.) brach eine Lanze für die Unterstützung der wirtschaftlich notleidenden Gemeinden des Schwarzwalds und befürchtete, daß die neue Reichsregierung den Gemeinden nicht die Mittel zukommen lassen werde, wie es die Regierung Brüning getan habe. Der Redner betonte dann auch, daß die Uhrenindustrie es trotz allen Verlockungen abgelehnt habe, Filialen in England zu errichten, weil sie ihre Hoffnungen auf Lausanne setzte. Eine gutgehende Industrie ist auch die Lebensbasis für die württ. Landwirtschaft. Das Wirtschaftsministerium dürfe nicht aufgehoben werden. Es sprachen dann noch eine Reihe anderer Redner (Dr. Schott, deutschnational), worauf sich das Haus auf 14 Tage vertagte.

Württemberg

Stuttgart, 8. Juni.

Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart. Die leichte Entspannung der Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtbezirk Stuttgart hat auch in der zweiten Hälfte des Monats Mai angehalten. Am Ende der Berichtszeit waren 44 298 Stellensuchende vorgemerkt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 598 gesunken, ihr Stand beträgt 19 606. Davon entfallen auf Groß-Stuttgart 13 268 Unterstützungsempfänger. In der Arbeitslosenunterstützung standen am 31. Mai 5724 männliche und 2011 weibliche, zusammen 7735 Personen gegenüber 8145 am 14. Mai. In der Krisenunterstützung standen am 31. Mai 9996 männliche und 1875 weibliche Personen gegenüber 12 059 Personen am 14. Mai.

Vom Konsulatswesen. Die Bestellung des Dr. Ernst Schwarzkopf zum Wahlkonsul von Honduras in Stuttgart ist aufgehoben worden. Das ihm erteilte Exequatur ist daher erloschen.

Arbeitsmarkt im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland. Am 31. Mai standen in der versicherungsmäßigen Arbeitlosenunterstützung 69 156 Personen (47 540 Männer, 21 616 Frauen), in der Krisenfürsorge 91 669 Personen (76 326 Männer, 15 343 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten ist um 11 002 Personen oder um 6,4 v. H. von 171 827 auf 160 825 Personen (123 866 Männer, 36 959 Frauen) gefallen; davon kamen auf Württemberg 67 538 gegen 71 408, auf Baden 93 267 gegen 100 419 am 14. Mai 1932. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 31. Mai 1932 auf 1000 Einwohner 32,0 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge; dazu kamen noch 69 960 (13,9 Promille der Einwohner) von der öffentlichen Fürsorge unterstützte Wohlfahrtserwerbslose. Die Gesamtbelastung des südwestdeutschen Arbeitsmarktes hat in der zweiten Hälfte des Mai um rund 11 000 Arbeitslose abgenommen. Das bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern vorgemerkte Angebot an verfügbaren Arbeitsuchenden ist von 323 022 Personen in der Mitte des Mai auf 312 630 am Ende des Monats um 2,4 v. H. zurückgegangen; von dem Gesamtbestand an Arbeitsuchenden entfielen 127 814 auf Württemberg und Hohenzollern und 184 216 auf Baden. Von den Arbeitsuchenden waren 297 920 als arbeitslos anzusehen, und zwar 120 334 in Württemberg und 177 586 in Baden. Die Arbeitslosenzahl war Ende Mai in diesem Jahr um 37 v. H. größer als im vorigen Jahr bei 215 607 Arbeitslosen zur gleichen Zeit. Im Jahr 1930 waren Ende Mai 135 076 Arbeitslose gezählt worden und Ende Mai 1929 waren es nur 79 178 gewesen.

RM. 1050.-

gegen Kasse, evtl. günstige Teilzahlung, verkaufe ich ein fabrikneues **500 ccm Motorrad** bester deutscher Marke, Mod. 1932 **mit Seitenwagen.** Maschine steht noch im Werk. (Volle Fabrikgarantie). **W. Hafenau, Stuttgart 6,** Moltkestr. 106.

ep. **Evangelischer Volkstag in Meimsheim.** Die Bezirksfeier des Evangelischen Volksbunds in Meimsheim am vergangenen Sonntag gestaltete sich zu einem eindrucksvollen evangelischen Volkstag. Das Fest wurde eingeleitet durch eine Feier in der Kirche. Die Schriftworte, die Pfarrer Meyer-Meimsheim las, die Gesänge der vereinigten Kirchen- und Mädchenchöre unter der Leitung von Pfarrer Paulus-Stetten und und namentlich die Ansprache von Stadtpfarrer Oehler-Laufen a. N. dienten alle dem Gedanken „Unseres Volkes Not und Rettung". Anschließend an die kirchliche Feier hatte sich eine große Gemeinde um die gewaltige alte Linde vor der Kirche versammelt. Nach einem Begrüßungswort des Bezirksvorsitzenden Pfarrer Seybold-Hausen a. Z. beleuchtete Pfr. Hilzinger-Stuttgart in seinem Vortrag über „Kirche und Volk" die Bedeutung der evangelischen Kirche und Gemeinde für Aufbau, Hilfe und Volksgemeinschaft, wie auch für die Abwehr gegen alle zersetzenden Kräfte in unserem Volk.

Gefangenenbefreiung. Am 6. Juni, abends gegen elf Uhr, mußte in der Hedelfingerstraße in Wangen gegen eine größere Anzahl Personen wegen einer Schlägerei und erheblicher Nachtruhestörung durch zwei Polizeibeamte eingeschritten werden. Bei der Festnahme der Haupttäter wurde den Beamten starker Widerstand geleistet und gleichzeitig auch einer der Festgenommenen wieder vorsätzlich befreit. Der flüchtig Gegangene erschien kurze Zeit später mit einem Prügel bewaffnet vor der Polizeiwache in Wangen und schlug heftig gegen die Fensterläden. Den ihn verfolgenden Polizeibeamten griff er in einer dunklen Ecke einer abseits gelegenen Straße in Wangen wiederholt mit dem Prügel tätlich an, wobei der Beamte an der rechten Hand verletzt wurde. Bei einem erneuten Angriff war letzterer gezwungen, von seiner Schußwaffe Gebrauch zu machen. Hierbei wurde der Täter an der rechten Schulter verletzt und mußte in das Cannstatter Krankenhaus verbracht werden. Er wird wegen Widerstands, Körperverletzung u. a. der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht, drei festgenommene Täter werden wegen Widerstands, Gefangenenbefreiung u. a. dem Richter vorgeführt werden.

Aus dem Lande

Waiblingen, 8. Juni. Verkehrsunfall mit Todesfolge. Nachts wurde auf der Staatsstraße Winnenden—Waiblingen der 22 J. a. Radfahrer Ernst Friedrich aus Hegnach OA. Waiblingen von einem Cannstatter Auto überfahren. Der Schwerverletzte wurde von dem Autobesitzer ins hiesige Bezirkskrankenhaus verbracht, wo der junge Mann gestern mittag gestorben ist.

Eglosheim, OA. Ludwigsburg, 8. Juni. Ernennung. Zum Stadtpfarrer an der Katharinenkirche Ludwigsburg-Eglosheim wurde sicherem Vernehmen nach Stadtpfarrer Kornelius Breuninger in Mainhardt ernannt. Er ist in Backnang geboren.

Vom unteren Neckar, 8. Juni. Geheimnisvoller Fall. In Neckarhausen wurde die Leiche eines in den Vierzigerjahren stehenden Ingenieurs geländet. Der Tote war gut gekleidet, trug goldene Uhr und goldenen Kneifer sowie eine Barschaft von 28,80 ℳ bei sich. Aus einem von dem Staat Chile ausgestellten Paß war der Name herausgeschnitten. Die Leiche konnte als die des Ingenieurs Charlos Koog aus Hamburg identifiziert werden. Koog hatte am Vorabend am Bahnhof Hirschhorn mit dem Bemerken, er wolle sich noch etwas das Städtchen ansehen, seinen Koffer bahnlagernd nach Heidelberg aufgegeben. Ob ein Unfall oder ein Selbstmord vorliegt, ist noch nicht geklärt.

Gmünd, 8. Juni. Landesverbandstag der Friseure. Vom 19. bis 21. Juni findet in Gmünd der 30. Landesverbandstag der Friseurmeister Württembergs statt. Damit verbunden ist die 60. Tagung der Arbeitsgemeinschaft Süddeutscher Landesverbände der Friseure und die Feier des 40jährigen Jubiläums der Friseur-Innung Gmünd. Aus diesen Anlässen wird über die Dauer der Tagung in der Festhalle eine Haararbeiten- und fachgewerbliche Ausstellung aufgebaut sein, und für das Festbankett ist eine sehenswerte Frisurenschau vorgesehen.

Hall, 8. Juni. Ein Diebesnest ausgehoben. Sieben Oberämter des früheren Jagst- und Donaukreises, sowie das angrenzende bayrische Gebiet wurden seit dem vergangenen Winter durch die Taten einer gewerbsmäßigen Diebesgesellschaft, die es hauptsächlich auf Fahrräder abgesehen hatte, beunruhigt. Nun ist es gelungen, diese Diebesgesellschaft auszuheben. Vier Täter konnten an ihren

---

Die reichste Frau der Welt

Ein abenteuerlicher Roman von Georg Westfalen

23

Vertrieb: Romanverlag K. & O. Grether, G. m. b. H., Radolfzell

Eva lächelte wieder. „Das ist eine Frage, lieber Freund, die ich junges Ding viel eher aufwerfen dürfte. Ich habe über zweihundert Millionen, die immer mehr werden, denn ich kann nur einen winzigen Bruchteil der Zinsen verbrauchen. Ich spüre schon, welche Verantwortung mir dieser Reichtum aufbürdet. Aber ich will mich bemühen, diese Bürde zu tragen, und will versuchen, viel Segen mit diesem Gelde zu schaffen. Das können und werden auch Sie tun. Ihre Hand, lieber Freund!"

Warm und herzlich war ihr Ton. Der aufmerksame Beobachter hätte in diesen Augen vielleicht noch etwas mehr als freundschaftliche Zuneigung gelesen.

Marschall beugte sich nieder und küßte die schmale, schöne Mädchenhand. Er sah in dem Augenblicke nicht, daß flammende Röte Evas Antlitz bedeckte. Nur einen Augenblick lang.

„Ich danke Ihnen! Ich will Ihr hochherziges Angebot annehmen."

Eva wandte sich dann dem Notar zu und sagte: „So wären wir fertig. Nein, doch noch nicht! Ich hätte Sie beinahe vergessen."

Der Notar lächelte und wehrte ab.

„Miß Buchner!" sagte er freundlich. „Ich verdiene an der Verwaltung des Vermögens gut. Die Gebühren berechnen sich prozentual, und es kommen alljährlich über hunderttausend Dollar heraus. Die Gebühren für das Testament allein beliefen sich auf über dreihunderttausend Dollar. Das alles zusammen genügt mir reichlich."

„Dann ist es gut, Herr Notar!" sagte Eva zufrieden.

* * *

Die Dienerschaft war in Aufregung.

Sie wußten alle, daß zu dieser Stunde ihre Renten festgesetzt wurden.

Ueber zwei Stunden wurden sie in Spannung gehalten, dann rief ein Klingelzeichen Mr. Torquis, den Majordomus, in das Zimmer.

Er kam nach einigen Minuten wieder, gerührt, überwältigt.

Er hielt eine Liste in der Hand und sagte zu der Dienerschaft, die sich um ihn geschart hatte: „Wir haben eine gütige Herrin, die für uns alle in überreicher Weise gesorgt hat. Hört zu, was jedem ausgesetzt ist!"

Er las ihnen die Summen vor, und alle waren tatsächlich überwältigt.

Auch John Hiller, der ganz in der Nähe stand, staunte.

Wirklich, die Erbin war generös. Das ließ schließlich für ihn auch etwas erhoffen.

Da kam ja Marschall schon.

„Mr. Hiller, ich habe Sie gesucht!"

„Nett von Ihnen! Sitzung beendet?"

„Jawohl! Die Summen sind festgesetzt worden."

„Auch für mich eine Kleinigkeit?"

„Jawohl — hunderttausend Dollar!"

John Hiller strahlte. Hunderttausend Dollar! Damit ließ sich schon etwas anfangen.

„Sind Sie damit zufrieden?"

„Ich bin's! Ehrlich gesagt, mehr hatte ich nicht erwartet. Das hilft meines Vaters Sohn wieder ein Stück weiter."

„Denke es auch! Hunderttausend Dollar Jahresrente, das ist ein schöner Brocken."

John Hiller starrte ihn fassungslos an.

„Jahresrente? Nicht nur eine einmalige Zahlung?"

„Nein! Jahresrente! Ich hab's beantragt, daß man Ihnen nicht alles auf einmal in die Hände gibt. Sie sind mit einer zu leichten Hand gesegnet und wären auch mit einer halben Million Dollar rasch fertig."

John Hiller stand noch eine ganze Weile kopfschüttelnd da.

„Hunderttausend Dollar Jahresrente! Marschall, Menschenskind, das ist so hochanständig, daß ich überwältigt bin. Jetzt soll es mir zehnmal mehr Spaß machen, mit Ihnen und Miß Buchner nach dem Yukatan zu ziehen."

„Ist recht! Gute Kameradschaft, John Hiller!"

„Gute Kameradschaft, Werner Marschall!"

Die Männer schüttelten sich die Hände.

8.

Kriminalkommissar von Stegert sollte die Vernehmung des wiedereingelieferten Verbrechers Werner Marschall leiten.

Gestern waren sie in Hamburg an Land gegangen, und nun erwartete man sie heute vormittag hier.

Man hatte den Geheimen Kommerzienrat Martin Buchner telephonisch davon unterrichtet, und er war für einhalb zehn Uhr bestellt. Die Vernehmung sollte bereits um neun Uhr beginnen.

Kriminalkommissar von Stegert wartete ungeduldig auf die Vorführung und sah verärgert auf seinen Protokollanten, den Wachtmeister Külz, der ruhig und gleichmütig in seinem Sessel wartete, als stünde nicht das geringste Interessante bevor.

Was der Kerl für eine Bombenruhe hatte!

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Wohnsitzen in Fronrot (Gemeinde Bühlertann) und Holenstein (Gemeinde Bühlerzimmern) festgenommen werden. Zwei weitere Täter gingen flüchtig, stellten sich aber am Samstag freiwillig dem Gericht. Die Diebe, die Bauernsöhne und landwirtschaftliche Hilfsarbeiter sind, gaben zu, insgesamt 15 Fahrräder gestohlen zu haben. Acht davon konnten wieder beigebracht werden; es ist damit zu rechnen, daß auch die restlichen sieben sichergestellt werden. Bei weiteren Einbruchsdiebstählen in Kleinaltdorf, Unterscheffach und Ottendorf fielen ihnen Lebensmittel und Tabakwaren in die Hände. In einem Spezialgeschäft in Hall ließen sie beim Kauf eines Revolvers zwei weitere Revolver unbezahlt mitgehen.

Böblingen, 8. Juni. Willkommene Freifahrt. Der 3500. Besucher des Deutschen Luftfahrtmuseums seit Wiedereröffnung an Ostern traf am verflossenen Sonntag-Morgen schon um 10 Uhr in Böblingen ein. Es war ein Mitglied des Arbeiter-Radfahrervereins aus Degerloch, das dann auch anschließend an die Besichtigung des Museums den gewonnenen Freiflug erhielt. Trotz ungünstiger Witterung war der Besuch gut. — Der 4000. Besucher dürfte aller Voraussicht nach noch in dieser Woche im Museum einfreffen.

Tuttlingen, 8. Juni. Bauarbeiterstreik. Am Montag haben sämtliche Bauarbeiter hier die Arbeit niedergelegt, auch die 30 Mann der Firma Eizenhammer am Bahnbau. Nur an vereinzelten Baustellen wird noch von einigen Arbeitern gearbeitet. Die hiesigen Bauarbeiter, die bisher in Lohnklasse 1 waren, sollen nun in Lohnklasse 2, also mit niedererem Lohn, eingestuft werden. Verhandlungen sind geplant.

Friedrichshafen, 8. Juni. 19 Prozent Umlage. Der Gemeinderat beschloß, wie im Vorjahr eine Umlage von 19 Prozent auf das Ertragskataster zu erheben. An die Stelle der Bürgersteuer ist die Einwohnersteuer getreten.

Aus Stadt und Land

Nagold, den 9. Juni 1932.

Laß sterben, was sterben will und schleppe dich nicht müde mit ihm. Flaischlen.

Dienstnachrichten.

Der Herr Staatspräsident hat ernannt:

Im Geschäftskreis des Evangelischen Oberschulrats zu Oberlehrern der Gruppe 7b die Hauptlehrer Egen in Unterjesingen; Kober in Freudenstadt.

Im Bereiche des Landesfinanzamts Stuttgart wurden versetzt:

Regierungsrat Dr. Löffler bei dem Landesfinanzamt als Vorsteher an das Finanzamt Freudenstadt, Regierungsrat Kittel, Vorsteher des Finanzamts Freudenstadt.

Diensterledigungen.

Die Bewerber um die Försterstellen Breitenholz Forstbezirks Entringen, Igenbach, Forstbezirks Obertal haben sich innerhalb 14 Tagen auf dem Dienstwege bei der Forstdirektion zu melden.

Soll man noch Reklame machen?

Darüber hört man heute die verschiedensten Meinungen aussprechen. Der eine sagt: Es hat doch keinen Zweck, heute noch Reklame zu machen, denn wo nichts ist, da hat auch die Reklame ihr Recht verloren. Der andere Geschäftsmann aber sagt gar nichts, sondern gibt nach wie vor seine Anzeigen auf. Wer von beiden hat nun recht? Zweifellos ist die Kaufkraft im deutschen Volke zurückgegangen, unbestritten sind dadurch die Umsätze bei den meisten Geschäften gesunken. Wer vor diesen Tatsachen die Augen verschließen wollte, der wäre ein Narr. Aber ebenso unbestreitbar wie die eine Tatsache ist, daß die Kaufkraft im allgemeinen sank, bleibt es Tatsache, daß eine gewisse Kaufkraft immer noch vorhanden ist. Diese Kaufkraft gilt es, in sein Geschäft hineinzuleiten. Ist das nun ohne Reklame möglich? Nein und nochmals nein! Auch in der wirtschaftlich schweren Zeit gilt der alte Satz: „Wie soll jemand wissen, daß du etwas zu verkaufen hast, wenn du es ihm nicht sagst." Für die meisten Geschäfte dürfte die Zeitungsanzeige das am meisten angewandte Werbemittel sein. Sie haben sich dadurch einen Kundenkreis geschaffen, der durch liebenswürdige, reelle Bedienung zu ihnen in einem Vertrauensverhältnisse steht. Sie sind Geschäftsfreunde geworden. Aber jeder Freund will von Zeit zu Zeit daran erinnert werden, daß der andere noch lebt und auch daran, daß er noch an ihn denkt. Wird er nicht daran erinnert, so zerreißen die Fäden der Freundschaft und was in jahrzehntelanger Arbeit mühsam an Geschäftsbeziehungen aufgebaut war, wird in dem Augenblicke zerstört, wo man aufhört, durch die Zeitungsanzeige zu seinen Geschäftsfreunden zu sprechen.

Freischwimmbad

Der freiwillige Arbeitsdienst schafft rüstig an unserem neuen Bad und werden die Aushubarbeiten bald beendet sein, so daß im Juli das Bad seiner Bestimmung übergeben werden dürfte.

Wir haben uns über die Größe einiger auswärtigen Bäder unterrichtet. Unsere Leser interessieren sicher die folgenden Zahlen:

Balingen: Schwimmbecken 28,00×17,75 Meter weit 0,80 bis 2,20 Meter tief, kein Luftbadeplatz.

Metzingen: 30,00×17,00 Meter weit, 0,70—3,00 Meter tief, 300 qm. Luftbad, Erweiterung geplant.

Urach: 27,20×28,25 Meter weit.

Herrenberg: 50,00×13,00 Meter weit, tiefste Stelle 3 Meter.

Ebingen (Projekt): 50,00×20,00 Meter weit, 0,70—3,00 Meter tief, große Luftbade- und Parkanlage, Planschbecken 10,00×20,00 Meter weit, 0,50 Meter tief.

Kirchheim u. T.: 100 Meter langes und 25 Meter breites Becken, und zwar für Männer 65,00×25,00 Meter weit, für Frauen 35,00×25,00 Meter weit, 0,60—3,20 Meter tief, 140 Ar Luftbad.

Aalen: 50,00×22,00 Meter weit, 0,75—3,20 Meter tief, 54 Ar Luftbad.

Das Nagolder Bad ist bekanntlich 50,00×13,00 Meter weit und bekommt ein Planschbecken von 6,00×10,00 Meter. — Soweit es sich um ältere Anlagen handelt, werden da und dort Erweiterungen angestrebt. Größter Wert wird überall auf Luftbade- und Erholungsplätze gelegt. Sehr empfohlen werden bei großem Andrang die überall eingeführten Wechselkabinen.

1246 Wer ist Medicato?

Ein Hellseher in Nagold

Hellseher „Medicato" spricht und experimentiert persönlich am kommenden Sonntag 4.15 Uhr und abends 8 Uhr, im Löwensaal. Daß „Medicato" echte Proben seines Könnens ablegt, das geht aus einer Reihe Zeugnisse hoher Würdenträger und amtlicher Stellen hervor, die die Dienste „Medicatos" zur Lösung schwerer prakt. Aufgaben (Diebstähle) mit Erfolg herangezogen. Wir lasen auch Zeitungsausschnitte aus dem Jahre 1913, in denen schon von einem Umsturz in Deutschland, von Rathenau, Hugenberg, Groener und Mahraun die Rede ist, von Personen also, die damals noch nicht im Mittelpunkt der Geschehnisse standen. Auch Katastrophen (Ueberschwemmungen in China, Attentat von Jüterbog, Untergang des Dampfers Philibert) sind vorausgesehen. Die auswärtige Kritik schreibt u. a.: „Die Darbietungen „Medicatos" übertrafen alle Erwartungen. „Medicato" findet die verborgensten Gegenstände, schreibt vom Publikum gedachte Worte nieder und spielt am Flügel jedes vom Publikum gedachte Musikstück, das er noch, wenn es sich um ein Lied handelt, mit seiner guten Stimme singt, schreibt den Namenszug u. a. m. „Medicato" beherrschte alle Sprachen der Welt, spielt jedes Instrument. „Medicato" ist ein Phänomen, aber er gibt für seine staunenswerten Leistungen eine leichtverständliche wissenschaftliche Erklärung. Was sagt nun — das wird jedermann fragen — „Medicato" über Deutschlands nächste Zukunft? Wirds besser? Wirds schlimmer? Gehts weiter abwärts oder kommt der Umschwung? Wir wollen ihn am Sonntag selbst sprechen lassen. Sehr interessant sind auch seine Ausführungen über die Stigmatisation von Konnersreuth, wobei er einen scharfen Trennungsstrich zwischen seinen Experimenten und Konnersreuth zieht. Man muß „Medicato" gesehen haben, denn es läßt sich gar nicht schildern, was geboten wird.

Kundgebung der Methodistenkirche

Eine von 860 Delegierten aus den meisten Völkern Europas, Asiens, Afrikas u. Nord- u. Südamerikas beschickte Konferenz der Bischöflichen Methodistenkirche, welche in den Vereinigten Staaten tagte, erläßt folgende Kundgebung:

Im Namen Christi und im Interesse der Wohlfahrt und des Friedens der Welt sehen wir uns zu folgender Kundgebung gedrängt: Wir glauben, daß für die Welt die Zeit gekommen ist, die Tatsache anzuerkennen, daß die Belastung Deutschlands mit der Alleinschuld am Weltkrieg durch Artikel 231 des Versailler Vertrags gerechter Weise nicht aufrecht erhalten werden kann. Wir hoffen deshalb, daß religiöse und andere Körperschaften überall in der Welt sich uns anschließen werden, um den Völkerbund zu nötigen, Wege zu suchen für eine Revision dieses Artikels.

Wir glauben auch, daß die Zeit gekommen ist, daß die Welt die Tatsache anerkenne, daß weitere Reparationen auf Grund dieses Artikels von dem deutschen Volke nicht mehr gefordert werden sollen. Wir nehmen die Stellung ein, daß Reparationen und Kriegsschulden nicht in dieselbe Kategorie gehören, weder juristisch noch moralisch, und bestehen darauf, daß dieser grundsätzliche Unterschied deutlich erkannt werde. Wir glauben jedoch, daß beide in sehr naher Beziehung zueinander stehen und daß Ermäßigung oder Streichung der Reparationen nicht geschehen kann, ohne die Kriegsschuldenzahlungen an die Vereinigten Staaten ernsthaft zu beeinflussen. Wir glauben ferner, daß die Vereinigten Staaten das, was sie auf Grund eines Rechtsanspruches nicht willig sein werden zu tun, im Interesse der Wohlfahrt und des Friedens zu erwägen willig sein werden. Wir bitten deshalb die Regierung der Vereinigten Staaten, sich mit den anderen in Betracht kommenden Regierungen in Verbindung zu setzen, um eine Neuregelung der Kriegsschulden auf der Grundlage der wirtschaftlichen Verhältnisse und auf Grund einschneidender Verringerung der Rüstungen und militärischen Aufwendungen vorzunehmen.

Die Regierungen von 59 Staaten, die im Vertrag von Paris dem Krieg amtlich entsagt haben, sollen nun auch die Waffen niederlegen, vornehmlich die, die für den Angriff bestimmt sind. Eine einschneidende Verringerung oder gänzliche Abschaffung solcher Waffen wie Tanks, bewegliche schwere Geschütze, Flugzeuge, Flugzeugmutterschiffe und Gas würde die Bedeutung des Pariser Vertrags bedeutend verstärken, tiefsitzenden Verdacht und Furcht bei den schlechter für den Krieg gerüsteten Völkern überwinden, das Wettrüsten der Völker verhindern und der jetzt in Genf tagenden Abrüstungskonferenz zum Erfolge verhelfen.

Wir rufen die Welt zum Zeugen dafür auf, daß die den Versailler Vertrag unterzeichnenden Mächte bei der Erzwingung der Abrüstung Deutschlands feierlich erklärt haben, daß sie dies tun „um den Beginn einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen aller Völker möglich zu machen". Ferner weisen wir auf die Tatsache hin, daß die Vereinigten Staaten als Unterzeichner des Vertrages von Berlin, in welchem die Präambel von Teil V des Versailler Vertrages eingeschlossen ist, Deutschland und der Welt dasselbe Versprechen gegeben haben. Nach unserem Urteil sind deshalb diese Völker alle moralisch und gesetzlich zu einer allgemeinen Verringerung der Rüstungen verpflichtet.

•

Mindersbach, 8. Juni. Ständchen. Nachdem der hiesige Gesangverein vorige Woche seinem passiven Mitglied Daniel Todt zu seinem 60. Geburtstag ein Ständchen gebracht hatte, erfreute er auch den langjährigen Vorstand Klenk heute zu seinem 60. Geburtstag mit einem solchen. Der stellvertretende Vorstand Lutz dankte dem Jubilar für das dem Verein seither erwiesene Wohlwollen. In bewegten Worten dankte das Geburtstagskind für die dargebrachte Ehrung, mit der Zusicherung, auch fernerhin dem Verein die Treue bewahren zu wollen. Der anschließende gemütliche Teil im Gasthaus zum „Lamm", beschloß den schönen Abend.

•

Freudenstadt, 8. Juni. Meisterprüfung. Im Elektroinstallateurgewerbe hat vor der Handwerkskammer Frankfurt am Main Hermann Weber, Sohn des Chr. Weber, Mesner, hier, die Meisterprüfung bestanden.

Bestellen Sie unsere Zeitung!

Aus aller Welt

Ein Auto vom Zug zermalmt

Ein Toter, zwei Schwerverletzte

Am Ortsausgang von Markt-Oberdorf wollte ein nach Obergünzburg fahrendes Auto noch vor dem herannahenden Zug Füssen—Kaufbeuren das ungeschützte Bahngleis überqueren, wurde aber von der Lokomotive erfaßt und mit aller Wucht auf die Seite geschleudert, so daß der Wagen vollständig zertrümmert wurde. Der Besitzer und Führer des Wagens, der 46 J. a. verheiratete Gutsbesitzer Josef Strobel von Erbenschwang bei Markt-Oberdorf, Vater von sieben Kindern, wurde aus dem Wagen geschleudert und tödlich verletzt. Der verheiratete Landwirt Adolf Rösch von Erbenschwang und der ledige Kaufmann Anton Regele von Engenried, die in den Rücksitzen Platz genommen hatten, wurden ebenfalls aus dem geschlossenen Wagen herausgeschleudert und schwer verletzt. Die beiden Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus nach Markt-Oberdorf eingeliefert. Rösch, Vater von vier Kindern, erlitt eine Gehirnerschütterung, schwerste innere Verletzungen und Armbruch, so daß sein Zustand lebensgefährlich ist. Regele wurde durch einen Glassplitter die Halsschlaggader verletzt, außerdem trug er innere Verletzungen und Armbrüche davon.

Dr. Schätterer aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten. In einem Schreiben an den Landesvorsitzenden der Deutschen Volkspartei teilt der Bevollmächtigte zum Reichsrat, Dr. Schätterer, seinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei mit, den er damit begründet, daß er ungehindert durch parteipolitische Rücksichten, so wie bis zum Herbst 1930, wo er keiner politischen Partei angehörte, auch weiterhin auf den verschiedensten Gebieten arbeiten wolle.

Anschluß an die Deutschnationalen. Der auf der Liste der Wirtschaftspartei gewählte Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft, Heinrich Wesselhöft, hat sich als Gast der deutschnationalen Fraktion angeschlossen. Damit umfaßt die deutschnationale Fraktion nunmehr acht Mitglieder.

Der Hotelbrand in Cleveland. Nach den neuesten Meldungen hat sich die Zahl der bei dem Hotelbrand ums Leben gekommenen Personen von vier auf acht erhöht. Mehrere Personen werden noch vermißt. Bisher ist es nicht gelungen, die Toten zu identifizieren.

Sechs Personen erstickt. Bei dem Brande eines Hauses kamen in Bagdad heute eine Mutter und ihre fünf Töchter im Alter von 3—12 Jahren durch Ersticken ums Leben. Sie hatten sich in den Keller des Hauses geflüchtet. Dem erblindeten Vater gelang es, sich zu retten.

Elli Beinhorn in Lima eingetroffen. Elli Beinhorn ist, wie Associated Preß meldet, mit dem Flugzeug in Lima (Peru) eingetroffen.

Streiflicht aus Rumänien. Der pensionierte Husarenoberst Heinrich Brandsch in Hermannstadt (Siebenbürgen), ein Bruder des deutschen Staatssekretärs für Minderheitswesen Rudolf Brandsch im Kabinett Vajda-Wolwod, hat sich eine Kugel in die Brust geschossen und ist schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft worden. Oberst Brandsch hatte seit vier Monaten seine Ruhebezüge nicht erhalten und war daher mit seiner Frau und vier Kindern dem größten Elend preisgegeben.

Letzte Nachrichten

Adolf Hitler spricht im Rundfunk.

Berlin, 8. Juni. **Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird Adolf Hitler am Dienstag, den 14. Juni, nachmittags von 7 bis 7.30 Uhr auf der Deutschen Welle über die Staatsidee des Nationalsozialismus sprechen.**

Dr. Brüning Ehrenbürger der Stadt Münster.

Münster, 8. Juni. **In einer geheimen Stadtverordnetensitzung wurde mit großer Mehrheit (gegen 2 Nationalsozialisten und 1 Kommunisten) die Vorlage des Magistrats, den ehemaligen Reichskanzler Dr. Brüning das Ehrenbürgerrecht der Stadt Münster zu verleihen, angenommen.**

Der hessische Innenminister im Gerichtssaal tätlich angegriffen.

Darmstadt, 8. Juni. **In einem Schnellgerichtsverfahren gegen zwei Nationalsozialisten wegen Beleidigung des Innenministers Leuschner, gab es zu Beginn der Sitzung eine erregte Szene im Gerichtssaal. Minister Leuschner, der als Zeuge geladen war, wurde plötzlich von einer Frau, die angeblich bei den Nationalsozialisten tätig ist, mit einem Stock auf den Kopf geschlagen, so daß eine blutende Verletzung entstand. Die Frau wurde verhaftet. Die zwei Nationalsozialisten, die den Minister und dessen Frau in der Straßenbahn beleidigt hatten, wurden gemäß dem Antrage des Staatsanwalts zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt.**

Auch das Reichsbanner beschließt Ausschlußverfahren gegen Hörsing.

Berlin, 8. Juni. **Der Bundesvorstand und der Bundesrat des Reichsbanners Schwarzrotgold, die zu einer Tagung in Berlin zusammengetreten waren, haben einstimmig beschlossen, gegen den früheren Ersten Bundesvorsitzenden Oberpräsident z. D. Hörsing, sowie gegen drei weitere Mitglieder des Reichsbanners das Ausschlußverfahren einzuleiten. Zum Stellvertreter des jetzigen ersten Bundesvorsitzenden Karl Höltermann wurde der Reichstagsabgeordnete Gustav Ferl-Magdeburg gewählt.**

Eine interessante Aufgabe stellt Ihnen Schwarzkopf in seinem neuen Prospekt „Kopf zerbrochen"! Lassen Sie sich diesen Prospekt kostenlos im Fachgeschäft aushändigen: Preise winken für 5 Minuten Kopfzerbrechen! — Und gleichzeitig hören Sie Genaueres über „Haarglanz", die wissenschaftliche Vervollkommnung der Haarpflege: „Haarglanz" neutralisiert das Haar, erhält es straff, elastisch und gesund. Das Haar läßt sich leichter und haltbarer frisieren und erfreut Sie und andere durch seinen wundervollen Glanz!

„Haarglanz" liegt jedem Beutel Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Packung 20 Pfg., grüne Extra-Packung und Extra-Blond mit Schaumbrille 27 Pfg.

SCHWARZKOPF-HAARPFLEGE

vollkommen durch „Haarglanz"

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Irland bleibt bei Ablehnung des Treueides.

Dublin 8. Juni. De Valera teilte im Senat mit, daß die Regierung des Freistaates ihre Haltung über die Abschaffung des Treueides nicht geändert habe.

Hilfeleistung für Oesterreich in Paris beschlossen

Bern, 8. Juni. Die Schweizerische Depeschenagentur teilt mit, daß in dem in Paris unter Vorsitz von Bundesrat Musi geführten Sachverständigenverhandlungen eine Hilfeleistung für Oesterreich ins Auge gefaßt worden ist. Die Verhandlungen würden demnächst in Genf weitergeführt. Der Bundesrat hat Bundesrat Musi Anweisungen für die weiteren Verhandlungen erteilt und sich grundsätzlich für die Teilnahme an einer Hilfeleistung für Oesterreich ausgesprochen. Es soll eine Anleihe von etwa 40 Millionen Franken in Frage kommen, die auf die verschiedenen Staaten verteilt würde

Zweifaches Todesurteil

Guben, 8. Juni. In dem Prozeß gegen Frau Ziehm und ihre Mutter Frau Ladevig wurde gestern abend das Urteil verkündet. Frau Ladevig und ihre Tochter Frau Ziehm wurden wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihnen auf Lebenszeit aberkannt. Ferner wird Frau Ziehm wegen versuchter Anstiftung zum Meineid und versuchten Totschlags zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt

Kommunistendemonstration

Bonn, 8. Juni. Gestern versammelte sich auf dem Marktplatz eine größere Menschenmenge, meist Angehörige der KPD., um eine Demonstration durch die Stadt zu veranstalten. Ein großes Polizeiaufgebot säuberte den Marktplatz und die anliegenden Straßen und nahm 41 Personen fest, darunter den Führer der Ortsgruppe Bonn der KPD., Stadtverordneten Marsch. Der Marktplatz wurde für einige Zeit abgesperrt und gegen 19 Uhr bewegte sich der Verkehr wieder in normalen Grenzen.

*

Der Führer der altkroatischen Rechtspartei, Dr. Budak in Agram, der gestern auf offener Straße überfallen und schwer verletzt wurde, ist seinen Verletzungen erlegen. Es soll sich um ein politisches Attentat handeln.

Büchertisch und Zeitschriftenschau

Die neue Auflage des beliebten Kochbuches von Luise Hainlen Schwäbisches Kochbuch ist soeben erschienen als zwölfte, vollständig neu bearbeitete und stark vermehrte Auflage. Mit Anhang über Rohkost. 224 Seiten. Schön gebunden mit farbiger Einbandzeichnung nur Mark 2.80. — Dieses Kochbuch ist so recht ein praktischer, brauchbarer Ratgeber für das tägliche Kochen, der schwäbischen Hausfrau. Alle, die es benützen, stimmen ein in sein Lob, und die immer wieder notwendig werdenden Neuauflagen, bei denen das Kochbuch jeweils sorgsam durchgesehen wird, zeigen seine steigende Beliebtheit. Von der Suppe bis zum Kaffee- und Teegebäck, Kuchen, Torten und Kleingebäck ist alles reichlich bedacht, durchweg ist auf sparsames Wirtschaften Rücksicht genommen. Das Buch sollte überall, wo die schwäbische Küche herrscht, in Stadt und Land, in allen Ständen Aufnahme finden. Wir können es aus langer Erfahrung bestens empfehlen. Vorrätig bei G. W. Zaiser.

*

Ein gigantisches Projekt: das Windkraftwerk. Die Münchner Illustrierte veröffentlicht in ihrem neuen Heft (Nr 21) ein Projekt des Ingenieurs Hermann Honnef, daß geeignet ist, eine ungeahnte Erweiterung und Verbilligung der Produktion in Deutschland zu bewirken. Es handelt sich um die Gewinnung von Elektrizität in neuen Großkraftwerken, die durch Wind betrieben werden. Das Projekt Honnefs stützt sich auf die Tatsache, daß in gewissen Höhen eine ständige und starke Luftströmung herrscht. Honnef beabsichtigt — vielleicht erstmals auf dem Berliner Messegelände — die Errichtung von etwa 400 Meter hohen Türmen, an deren Spitze sich je fünf Windkraftträder von riesigen Ausmaßen befinden. Die Triebkraft der Windräder wird durch Dynamomaschinen in elektrischen Strom umgewandelt. Man verspricht sich von einem solchen Kraftwerk eine Jahresleistung von 50 Millionen Kilowatt. Der Preis für ein Kilowatt Strom soll unter einem Pfennig zu liegen kommen.

Auf alle in obiger Spalte angegebenen Bücher und Zeitschriften nimmt die Buchhandlung G. W. Zaiser, Nagold, Bestellungen entgegen.

Handel und Verkehr

Hypothekenbewegung in Württemberg 1931

Die Zahl der Hypothekeneintragungen betrug lt. Stat. Landesamt i. J. 1931 in Württemberg 61 176 mit einem Gesamtbetrag von 274 861 357 RM. Die Zahl der Eintragungen hat sich annähernd auf der vorjährigen Höhe gehalten, der Gesamtbetrag wie auch der Durchschnittsbetrag (4493 RM.) ist nicht unwesentlich zurückgegangen. Der Rückgang der Eintragungen betrifft „Industrie und Handel" sowie „Sonstige", während die auf die Landwirtschaft entfallenden Hypothekeneintragungen gegen die Vorjahre sich eher etwas erhöht haben. Von den Hypothekeneintragungen der Schuldnergruppe „Sonstige" mit 47,5 Mill. entfallen auf Baugenossenschaften 15,8 Mill. RM. Unter den Gläubigern stehen Privatpersonen (Privatfirmen) mit 40,2 Proz. an erster Stelle. Stark beteiligt sind weiterhin die Landessparkasse und die Oberamtssparkassen mit 11,6 Proz., die Privatbanken mit 10 Proz., die Württ. Landeskreditanstalt mit 5,6 Proz., die Darlehenskassenvereine und Gewerbebanken mit je 5,6 Proz., die Gemeinden mit 5,3 Prozent.

Nach dem Zinsfuß gliederten sich die Eintragungen: Weniger als 5 Proz. 8,19 Proz., 5—6 Proz. 10,26 Proz., 6—7 Proz. 6,32 Proz., 8—9 Proz. 19,05 Proz., 10—11 Proz. 14,85 Proz., 12 Proz. und mehr 4,09 Proz., ohne Zinsfuß 15,69 Proz. Bei den Fällen „ohne Zinsfuß" handelt es sich meist um eine „Höchstbetraghypothek", wobei der Zins in den Höchstbetrag eingerechnet ist. Unter den Hypothekeneintragungen sind 4043 Aufwertungshypotheken und 232 Ausländerhypotheken. 50,69 Proz. aller Fälle wurden für Orte unter 2000 Einwohner eingetragen. Gelöscht wurden 52 263 Papiermarkhypotheken und 31 318 Goldmarkhypotheken

Die württ. Sparkassen im März 1932

Die Ergebnisse der württembergischen Sparkassenstatistik für März lassen vermuten, daß ein großer Teil der bisherigen Sparer infolge der dauernden Einkommensrückgänge nicht mehr in der Lage ist, weitere Sparkapitalien anzusammeln. Die Einzahlungen im ordentlichen Sparverkehr betrugen im März nur noch 18,9 Mill. RM. gegen 23,0 Mill. RM. im Februar und 34,4 Mill. RM. im März 1931. Dazu kamen noch 2,7 Mill. RM. Zins- und 1,9 Mill. RM. Aufwertungsgutschriften, so daß insgesamt rund 23,5 Mill. RM. Gutschriften gebucht werden konnten. Dem standen aber 27,3 Mill. RM. Lastschriften gegenüber, und zwar 25,8 Mill. RM. im Reichsmarksparverkehr und 3,5 Mill. RM. im Aufwertungssparverkehr, weshalb sich neuerdings ein Auszahlungsüberschuß von 4,87 Mill. RM. beim eigentlichen Sparverkehr und von 3,77 Mill. RM. bei sämtlichen Gut- und Lastschriften eingestellt hat. Der Stand der gesamten Spareinlagen verminderte sich damit von 585,8 Mill. RM. auf 582,1 Mill. RM. Die Depositengelder zeigen im Vergleich zum Vormonat eine saisonmäßig bedingte Abnahme von 2,4 Mill. RM., während bei den Giro- und Kontokorrenteinlagen eine Zunahme von 1,1 Mill. RM. zu verzeichnen ist. Der Stand der Depositen-, Giro- und Kontokorrenteinlagen hat sich somit von 155,7 Mill. RM. im Februar auf 154,4 Mill. RM. im März verringert.

Anteil der Einfuhr am Verbrauch der Agrarerzeugnisse

Nach dem Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung wurde für die Landwirtschaft eine mengenmäßige Zunahme der Produktion bis in die jüngste Zeit ermöglicht, so daß der Anteil der Versorgung des deutschen Volkes mit den wichtigsten Erzeugnissen aus inländischer Erzeugung beträchtlich gestiegen ist. Der Anteil der Einfuhr am Verbrauch betrug

	1927	1931
bei Fleisch	8 v. H.	1 v. H.
bei Brotgetreide	24 v. H.	4 v. H.
bei Futtergetreide	21 v. H.	6 v. H.
bei Eiern	37 v. H.	30 v. H.

Der Bedarf an Zucker wurde ebenfalls aus eigener Erzeugung gedeckt. Bei Butter, Käse und Gemüse ist mangels Verbrauchszahlen eine genaue Feststellung des Importanteils an der Gesamtversorgung nicht möglich.

Berliner Pfundkurs, 8. Juni. 15,43 G., 15,47 B.
Berliner Dollarkurs, 8. Juni. 4,206 G., 4,217 B.
Dt. Abl.-Anl. 38,10.
Dt. Abl.-Anl. ohne Ausl. 3.
Privatdiskont 4,75 v. H. kurz und lang.
Württ. Silberpreis, 8. Juni. Grundpreis 42,20 RM. d. Kg.

Erwerb und Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit in Württemberg im Jahr 1931. Die Zahl der im Jahr 1931 in die württembergische Staatsangehörigkeit aufgenommenen Reichsdeutschen betrug 835 gegen 762 im Vorjahr, und zwar 466 Männer und 369 Frauen. Eingebürgert wurden insgesamt 465 Personen, 128 weniger als im Vorjahr. Die Entlassung aus der württembergischen Staatsangehörigkeit ist im Berichtsjahr nur für 14 Männer und 14 Frauen (wie im Vorjahr) ausgestellt worden.

Die ausländischen Goldabzüge aus den Vereinigten Staaten haben in den letzten Tagen weiter erheblich zugenommen. Den insgesamt 115,2 Mill. Dollar betragenden amerikanischen Goldabgaben an das Ausland stand in der letzten Woche eine Goldeinfuhr von nur 4,23 Mill. Dollar aus Kanada, China und Uruguay gegenüber, so daß die Vereinigten Staaten in dieser Woche einen Goldverlust von 100,97 Mill. Dollar oder von 466 Millionen Mark zu verzeichnen hatten gegenüber einem Verlust von 85,4 Mill. Dollar in der Vorwoche, von 56,71 Mill. Dollar vor zwei Wochen und von 25,32 Mill. Dollar vor drei Wochen. Anzeichen einer baldigen Eindämmung der Goldabwanderung sind nicht zu erkennen. Auch in der neuen Berichtswoche mußte Amerika gleich am ersten Tag wieder einen weiteren Goldverlust von über 20 Mill. Dollar feststellen.

Die Bank von Japan hat den seit dem 11. März geltenden Diskontsatz von 5,84 auf 5,11 Proz. herabgesetzt.

Annahme des Vergleichsvorschlags des Württ. Spar- und Hypotheken-Vereins AG., Künzelsau. In Schwäb. Hall fand am Dienstag im Vergleichsverfahren der Württ. Spar- und Hypotheken-Vereins AG., Künzelsau, der gerichtliche Vergleichstermin statt, zu dem von den rund 10 325 beteiligten Gläubigern rund 1200 erschienen waren. Nach dem Bericht der Vertrauenspersonen über die Sachlage, den Direktor Mössinger erstattete, ist die Vertrauenswürdigkeit der Schuldnerin zu bejahen. Spekulationsgeschäfte seien nicht gemacht worden, es sei keine Unredlichkeit und kein Leichtsinn festzustellen. Auch von Geschäftsunfähigkeit könne nicht gesprochen werden und es habe kein übermäßiger Verwaltungsaufwand stattgefunden. Die Buchhaltung wurde als ordnungsmäßig befunden. Ein Liquidationsvergleich wäre das für die Gläubiger aussichtsreichste Verfahren. Als erste Quote könnten 10 Prozent in Aussicht genommen werden. Mit einer mehrjährigen Abwicklung müsse gerechnet werden. Im schlimmsten Fall würden bei einer fünfjährigen Abwicklung für die Gläubiger 87 Prozent der Einlagen ohne Zinsen herauskommen. Zum Schluß der Verhandlungen ergab sich eine Mehrheit für die Annahme des Vergleichsvorschlags, ein anderer, nicht unerheblicher Teil der Gläubiger erklärte sich annahmebereit unter der Bedingung, daß der Gläubigerausschuß nach ihren Vorschlägen ergänzt würde. Hierauf wurde vom Vorsitzenden der Termin für die Verkündigung des Gerichtsbeschlusses auf Dienstag, 16. Juni d. J., im Amtsgerichtsgebäude in Künzelsau bestimmt.

Die Bilanz des Reichsverkehrs stellt innerhalb der deutschen Zahlungsbilanz mit dem Ausland nur einen kleinen Posten dar. Nach Schätzungen des Statistischen Reichsamtes gaben Ausländer in Deutschland aus im Jahr 1931 130 Mill., im Jahr 1930 185 und im Jahr 1929 180 Mill. RM. Deutsche gaben im Ausland aus, und zwar in Europa im Jahr 1931 100, 1930 170 und 1929 260 Mill. RM., in Uebersee im Jahr 1931 22, 1930 28 und 1929 28 Mill. RM. Für das letzte Jahr ist die Bilanz infolge der einschränkenden Devisenbestimmungen ausgeglichen.

Viehpreise. Crailsheim: Kühe 160—345, Rinder 75—345. — Ehingen a. D.: Kühe 250—400, Kalbeln 280—360, Jungvieh 90 bis 180. — **Horb:** Kühe 250—350, Kalbinnen 200—320, Jungvieh 100—135. — **Illingen** OA. Maulbronn: Kühe und Kalbinnen 160—360, Rinder 126—241, Schlachtfarren 172. — **Laupheim:** Kälber und Boschen 90—200, Kalbeln 350. — **Waldsee:** leichte Arbeitspferde 400—700, schwerere 800—1200, Ochsen 140 bis 360, Kühe 180—210, Kalbeln 260—350, Jungvieh 60—140 Mk.

Schweinepreise. Buchau a. F.: Milchschweine 14—16. — **Bühlertann:** Milchschweine 12—20. — **Ehingen a. D.:** Ferkel 14—20, Läufer 28—35, Mutterschweine 90—180. — **Horb:** Milchschweine 12—21. — **Laupheim:** Mutterschweine 105—122. Milchschweine 13—16. — **Leutkirch:** Ferkel 17—20. — **Obersteufeld:** Milchschweine 13—23. — **Waldsee:** Milchschweine 15—20 M.

*

Zwangsversteigerungen von Grundstücken. Im 1. Vierteljahr 1932 sind in Württemberg 691 Zwangsversteigerungen von Grundstücken angeordnet worden. Die Fläche der betroffenen Grundstücke umfaßte 1532 Ha., darunter 1489 Ha. landwirtschaftlich benutzter Boden. Durchgeführt wurden im Berichtsjahr 242 Verfahren mit einer betroffenen Grundstücksfläche von 390 Ha. Die Land- und Forstwirtschaft war daran mit 115 Verfahren und 377 Ha. beteiligt. Der Versteigerungserlös bezifferte sich auf insgesamt 4,208 Mill. Mk., wovon 1,150 Mill. Mk auf die land- und forstwirtschaftlichen Fälle kamen. In 204 Fällen konnte der Versteigerungsbeschluß wieder aufgehoben werden.

Ertrag der württ. Bodenseefischerei. Im ersten Vierteljahr 1932 stellte sich der Ertrag der Bodenseefischerei auf 21,5 Dz. im Wert von 2305 M gegen 21,5 Dz. im Wert von 3309 M zur gleichen Zeit des Vorjahrs. Blaufelchen sind an dem Ertrag mit nur 0,3 Dz. beteiligt, dagegen Trüschen mit 9,4 Dz. und Gangfische mit 4,7 Dz. Der Rest entfällt auf die übrigen Fischarten.

Das Wetter

Ueber Mitteleuropa bildet sich allmählich ein Hochdruckgebiet heraus, unter dessen Einfluß für Freitag und Samstag mehrfach heiteres und vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten ist.

Stadtgemeinde Nagold.

Die Städtische Forstverwaltung hat noch einige Hundert gebundene

Nadelholzwellen

(Astreisig) abzugeben. Es werden auch Bestellungen auf **Nadelholz-Beigholz** entgegen genommen. 1553

Städt. Forstverwaltung

Sommersprossen

wo nichts half — hilft immer 585

Frucht's Schwanenweiß

— M 1.60 und 3.15 —

Vorstadt-Drog. W. Felsche.

Optische Anstalt
FIEDLER
Breslau I
empfiehlt
Prismengläser

Qualitäts-Optik

Sport	6×25	42.—
	8×25	45.—
Jubil.-Argus	6×25	55.—
	8×25	60.—

mit Lederetui u. Riemen
Versand portofr. p. Nachn.

W. Schwarzw.-Verein Ortsgruppe Nagold

Anmeldungen für die

Albwanderung

Dreifürstenstein — Roßberg am 12. Juni

spätestens bis Freitag 12 Uhr erbeten. Näheres s. Wanderplan. Bei schlechter Witterung Verlegung auf 19. Juni.

1554 **Vorstand.**

Zwei leichtere

Arbeits-Pferde

(mit jeder Garantie) setzt dem Verkauf aus.

Wer, sagt die Geschäftsstelle d. Ztg.

Aelteres, gutes

Arbeits-Pferd

(Rappwallach) weil überzählig, verkauft oder tauscht gegen ein Rind.

R. Merkt
Priorberg b. Dettingen
(Hohenzollern)

Die Geschichte der Stadt Nagold

Von Studiendirektor
G. DIETERLE
Ehrenbürger der Stadt Nagold

1282

Dieser hat auf Grund langjähriger Quellenforschungen und unter Mitwirkung von Professor Felix Schuster, Baurat in Stuttgart

Die Stadt Nagold
ihr Werden und Wachsen bis auf unsere Gegenwart

herausgegeben. Für jeden Einheimischen, ja für jeden Freund unserer Stadt und des Nagoldtales ist diese Chronik mit ihren vielen prächtigen Abbildungen eine Quelle reichen Wissens, für den Heimatunterricht in der Schule ein geeignetes Hilfsmittel. Umfang 400 Seiten. Preis in Halbleinen gebd. nur Mk. 3.50, in Ganzleinen gebd. nur Mk. 4.50

Zu beziehen durch den
Verlag G. W. Zaiser
Nagold

Zum Alleinverkauf im dortigen Gebiet eines im In- u. Ausland pat. konkurrenzl.

Artikels der Autobranche

d. große Zeit- u. Geldersparnis bed. geeignete verkaufserfahrene, solvente

Persönlichkeit gesucht

Eilangeb., da Ende d. Woche dort anwesend, an die Geschäftsstelle d. Bl. unt. **Nr. 1555** erbeten

Die beste und billigste Reklame ist noch immer die Zeitungsreklame

Dieser Raum kostet im Gesellschafter nur M 2.— bei Wiederholungen noch weniger!

Sommersprossen
beseitigt sicher **Zuckoderma**
Stärke I = RM 1.00 und 2.50,
Stärke II = RM 1.75 und 3.—,
Stärke III = RM 1.00 und 3.50.
Apotheke Th. Schmid. 1438

Steinmetz-Kraftbrot
(2/3 Roggen, 1/3 Weizen)
zu haben im 1556
Reformhaus Harr
Waldachstr. 4 und bei
Bäckermeister Frick
Calwerstraße.

Die Gemeinden
beziehen die zur
Durchführung des Milchgesetzes
notwendigen Vordrucke, insbesondere auch die nach Reg.-Bl. 1932 S. 37 vorgeschriebenen Verzeichnisse von der **Buchdruckerei G. W. Zaiser, Nagold**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw